

BastA!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNGEN

SOLIDARISCHE KANTE GEGEN RECHTS



National stehen dieses Jahr gleich drei Abstimmungen von rechtsausen an. Dem Abbau beim öffentlichen Radio und Fernsehen erteilte die Zivilgesellschaft eine klare Absage: In keinem einzigen Kanton erzielte die Halbierungsinitiative eine Mehrheit! Das macht Mut für die noch anstehenden Angriffe auf eine demokratische, solidarische und offene Schweiz.

Seit Jahren versuchen die Rechten in der Schweiz mit Initiativen immer wieder, das gesellschaftliche Zusammenleben in der Schweiz zu zerstören, indem gegen einzelne Gruppen – insbesondere migrantische – gehetzt wird. Dabei bedienen sich die Rechten bewusst immer wieder der Taktik, dass ihre Anliegen verfassungs- und völkerrechtlichen Vorgaben entgegenstehen und damit letztlich nicht so umgesetzt werden können, wie dies in ihren Initiativen gefordert war. So können sie schliesslich erneut über die elitäre und linke Politik herziehen

mit dem Vorwurf, den Volkswillen nicht umzusetzen. Dabei geht es ihnen nicht um den Volkswillen, sondern vielmehr darum, dass sie sich selbst in eine Position bringen, in der sie handeln können, wie sie wollen. Dazu muss die gesellschaftliche Infrastruktur – und damit meinen wir nicht nur Medien oder soziale Sicherheit – zerschlagen werden. Erst wenn sich die Welt entsolidarisiert, wenn Menschen sich als empathielose Fremde gegenüberstehen, schafft die Logik der Angst und der Konkurrenz völlige Kontrolle.

Die Logik der Angst und des Revanchismus – getarnt als law-and-order-Politik – stehen dabei als strategische Gefährten einer Diskursverschiebung hervor: Eine Gesellschaft, die mich nicht mehr absichert, weil das soziale Netz zerschnitten wird, lässt mich mein Gegenüber viel mehr als Konkurrenten sehen, denn als denjenigen, der gerade jetzt für mich und meine Existenz sorgt.

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

ABSTIMMUNGEN

KÄMPF MIT UNS GEGEN DIE CHAOS-INITIATIVE

Bestell jetzt unsere
Postkarte:



20. Mai
Unterschriften sammeln
(Uhrzeit noch offen)
29. Mai
Politik und Pizza finta only (ab 18.30)
6. Juni
Unterschriften sammeln
13. Juni
Basteln für den Streiktag
14. Juni
Feministischer Streiktag / Frauenstreiktag
Abstimmungen (Parolen S. 6)
27. Juni
Basel tickt bunt
15. August
Unterschriften sammeln
21. August
Neumitgliedertreff und Bouleturnier
ab 18 Uhr
14. September
Unterschriften sammeln
19. September
Haus der Politik:
Unsere Vision gegen Faschismus
27. Juni
Basel tickt bunt

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied-werden>

IMPRESSUM

Nr. 02/2026

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Lukas Romer, Susy Greuter, Katharina Rührup

Layout und Bildredaktion:

Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 691 16 31

Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

LEGAL, ILLEGAL? GEAS, DIE MENSCHEN- FEINDLICHE REFORM



**Lager an den europäischen Aussen-
grenzen, Grenzverfahren ohne Rechts-
vertretung, pauschale Abweisungen
aufgrund von Herkunft: Die Reform des
GEAS wird am 12. Juni europaweit (so-
mit auch in der Schweiz) mit verheeren-
den Folgen für Geflüchtete eingeführt.**

Diese Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems ist ein komplexes juristisches Konstrukt, das das Recht auf Asyl angreift und aushöhlt.

Der europaweite Abschottungspakt ist ein Kniefall vor der extremen Rechten. Der seit Jahren andauernde migrationsfeindliche Kurs wird nochmals verschärft. Flucht und Migration werden weiter prekariert und illegalisiert.

Doch der Drang zum Widerstand gegen diese menschenrechtliche Katastrophe verbindet sowohl lokal als auch global.

Unter der Bezeichnung «drei länder action trois pays» haben sich unterschiedliche migrationspolitische Gruppen, Organisationen und Kollektive aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz zusammengeschlossen. Mit einer Demonstration durch die drei Län-

der setzten sie ein klares Zeichen gegen diesen Pakt der europäischen (extremen) Rechten.

Auch BastA! hat sich diesem Zeichen des Widerstandes angeschlossen.

Die grenzüberschreitende Demonstration am 18. April war nur der erste Schritt im internationalen Widerstand gegen den Abschottungspakt. Ziel ist es, den Austausch zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz in diesen dunklen Zeiten voranzutreiben und gemeinsam – mit und für Betroffene – widerständige Praxen und Aktionen zu organisieren. Denn auch wenn der Kampf auf der politischen Ebene gegen GEAS verloren wurde, beginnt der zivilgesellschaftliche Kampf und Widerstand dagegen gerade erst!

Um mit den Worten von «drei länder action trois pays» zu schliessen:

«Hier, im Dreiländereck, tragen wir eine politische, emanzipatorische und antifaschistische Verantwortung, die wir entschlossen wahrnehmen werden.»

Dario Tancredi, BastA!

ORBANISIERUNG DER SCHWEIZ

Gerade umgekehrt sieht es aus, wenn eine Abstimmung nicht im Sinne der Rechten ausgeht: Dann wird darauf gepocht, dass die Haltung des unterlegenen Teils der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden muss. Neuerdings sogar von höchster bundesrätlicher Seite: Direkt nach der Abstimmung über die Halbierungsinitiative, deren Resultat nun wirklich keine Interpretationen zulies, meinte der zuständige Bundesrat, der zuvor selbst im Komitee der Initiative einsass, die Anliegen der Initiant*innen seien auch künftig ernst zu nehmen.

Im Vorfeld der Abstimmung hat ebenjener Bundesrat bereits – demokratisch fragwürdig – eine Teilsenkung der Gebühren auf dem Verordnungsweg veranlasst. Und auch in der Folge der Abstimmung über die Autobahnprojekte im November 2024 gebärdete er sich äusserst undemokratisch, indem er die abgelehnten Projekte im Folgejahr durch eine Studie der ETH begutachten liess. Als Folge davon steht nun auch der Bau des Rheintunnels wieder zur Diskussion.

... MIT FORTSETZUNGEN

Als Nächstes stehen in diesem Reigen auf nationaler Ebene die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» mit dem irreführenden Beinamen «Nachhaltigkeitsinitiative» und die Neutralitätsinitiative an. Erstgenannte ist ganz in oben ausgeführter Taktik gehalten, indem sie völkerrechtlichen Verträgen widerspricht, die im Eintretensfall aufgekündigt werden müssten, was zu einem unabsehbaren Chaos führen würde. Mit der Neutralitätsinitiative soll sichergestellt werden, dass Schweizer Unternehmen ungeachtet von internationalen Boykottent-

scheiden weiter einträglichen Handel treiben können mit kriegsführenden Ländern – wie aktuell beispielsweise Russland – oder mit Ländern, in denen die Menschenrechte mit Füssen getreten werden – wie einst mit dem Apartheidregime in Südafrika. Sanktionsmassnahmen sind zwar auch nicht in jedem Fall eine ideale Lösung, da sie häufig nicht direkt die Machthaber*innen angreifen, sondern vielmehr die Zivilbevölkerung davon betroffen ist. Aber um diese Kritik geht es den Initiant*innen der Neutralitätsinitiative natürlich nicht. Vielmehr soll die strenge Neutralität erlauben, mit den schlimmsten Despot*innen Handel zu treiben und Geld zu machen, egal wer darunter zu leiden hat.

In Basel-Stadt kommt daneben die «Anti-Chaoten-Initiative» von rechtsausen zur Abstimmung. Auch mit dieser Initiative wird an einem verfassungsrechtlichen Grundrecht geritzt. Demonstrationen ohne Bewilligung sollen eingeschränkt werden, obwohl auch diese durch das Grundrecht der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit verfassungsrechtlich geschützt sind. Eine politische Partei, die diese Rechte einschränken will, hat sicher nicht den Schutz der Demokratie als Ziel. Mit der Auflage, dass bewilligungsfrei Demonstrierende für Schäden im Rahmen der Demonstration haftbar gemacht werden müssten, entsteht zudem ein Abschreckungseffekt: Politisch Engagierte werden durch die drohende Haftbarkeit für Kosten von Polizeieinsätzen davon abgehalten, überhaupt zu demonstrieren.

WIEDERERWACHEN DER ENGAGIERTEN ZIVILBEVÖLKERUNG

Dazu kommen aber auch weitere Entschei-

dungen des nationalen Parlaments – in der aktuellen Legislatur stark rechtsbürgerlich dominiert –, die unsere entschlossene Gegenstimme erfordern, sei dies im Rahmen der Unterstützung von Petitionen oder beim Unterschriftensammeln für Referenden.

Mit öffentlichen Aktionen, aber auch bei Gesprächen im persönlichen Umfeld können wir uns dafür einsetzen, die mit der Halbierungsinitiative «wiedererwachte», engagierte Zivilgesellschaft hinsichtlich der anstehenden Abstimmungen zu mobilisieren und dem zerstörerischen Diskurs aus der rechten Ecke mit solidarischer, offener und verantwortungsvoller Haltung Paroli zu bieten. Der einfallsreiche Fanmarsch für den Feminismus von BastA! am 8. März fand viel Zustimmung. Und auch am 1. Mai haben wir mit unserer kreativen Postkarten-Kampagne viel Zuspruch erhalten. Die erfolgreichen Sammelaktionen für unsere Initiative «Erben fürs Wohnen» oder das im Juni zur Abstimmung kommende nationale Referendum gegen den Angriff auf den Zivildienst geben Kraft für weitere Herausforderungen, die anstehen.

In diesem Sinne: Solidarische Kante gegen rechts!



Lukas Romer / Franziska Stier

NEIN ZUR SVP-INITIATIVE «10-MILLIONEN-SCHWEIZ!»!

Am 14. Juni wird wieder einmal über eine Initiative aus dem SVP-Umkreis abgestimmt, die die Zuwanderung als Ursache aller Probleme darstellt und deshalb begrenzen will. Die Initiative ist nicht nur fremdenfeindlich, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch so haarsträubend, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund von einer «Chaos-Initiative» der SVP spricht und man gar nicht weiss, wo mit der Kritik anfangen.

Heute hat die Schweiz circa 9,2 Millionen Einwohner*innen. Die Initiative «Keine-

10-Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» fordert, dass die Bevölkerung bis 2050 nicht mehr als 10 Millionen Menschen umfasst. Doch bereits ab 9,5 Millionen – die Schweiz wird diese Bevölkerungszahl voraussichtlich 2031 erreichen – sollen gemäss der Initiative Massnahmen gegen die Zuwanderung ergriffen werden: eine noch restriktivere Asylpolitik und die Einschränkung des Familiennachzugs. Ab 10 Millionen Einwohner*innen müssten das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union und damit alle bilateralen Abkommen gekündigt werden.

ÜBERALTERUNG UND FEHLENDES FACHPERSONAL

Gleichzeitig ist die demographische Entwicklung bereits jetzt durch eine starke Alterung und einen Rückgang der ständigen Erwerbsbevölkerung geprägt. Immer weniger Werkeltätige finanzieren in der AHV immer mehr Rentner*innen. Wie soll das funktionieren?

Bereits jetzt haben wir in vielen Branchen einen Fachkräftemangel, besonders dramatisch wären die Folgen einer Annahme der Initiative im Gesundheitswesen: Schon heute fehlen rund 15'000 Pflegekräfte; bis 2030 wird die Lücke auf 30'000

anwachsen. Ohne Fachpersonal aus dem Ausland drohen Spitalschliessungen, längere Wartezeiten und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Eine Studie hat gezeigt, dass nach dem Brexit im britischen Gesundheitswesen der Mangel an Pflegefachpersonen in den Spitälern anstieg und gleichzeitig die Lebenserwartung der betroffenen Patient*innen sank. Wollen wir das wirklich auch hierzulande?

PREKARISIERUNG

Bezeichnend ist, dass der Initiativtext eine Gruppe von der Zuwanderungsbegrenzung ausnimmt: Menschen mit einer Aufenthaltsbewilligung bis zu 12 Monaten. Ein Ja zur SVP-Initiative würde dementsprechend unmittelbar zu einer Zunahme der Kurzaufenthaltsbewilligungen führen, also zu einem neuen «Saisonierstatut» mit einer drastischen Prekarisierung der Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen von Migrant*innen. Wer glaubt, diese betreffe nur Migrant*innen, täuscht sich. Die Prekarisierung von Hunderttausenden Arbeitnehmenden würde Druck ausüben auf die Löhne und Arbeitsbedingungen von fast allen Arbeitnehmenden in der Schweiz. Bei einer Annahme der Initiative würden die Rechte aller Arbeitnehmenden, ob Schweizer*innen oder Migrant*innen, weiter geschwächt.

Und übrigens, lassen wir uns nicht von dem Wording der SVP hinters Licht führen. Dass die SVP ihre Initiative «Nachhaltigkeitsinitiative» nennt, ist nichts als zynisch: Diese Partei lehnt das Pariser Klimaabkommen ab, bekämpft Umweltinitiativen, lehnt Subventionen für den öffentlichen Verkehr ab und unterstützt den Bau neuer Autobahnen. Diese Partei trägt für alle Probleme in der Schweiz wesentlich Verantwortung, lenkt aber davon ab und behauptet dreist, dass die «Fremden» die Ursache der Probleme seien.

Entscheiden wir uns am 14. Juni für Solidarität, sagen wir gemeinsam Nein zu Entrechtung und Prekarisierung!
NEIN zur Chaos-Initiative der SVP!



Johannes Gruber, VPOD-Gewerkschaftssekretär und BastA!-Mitglied.

NEIN ZU WEITEREM LOBBYING FÜR DAS «HERZSTÜCK»



Foto: F. Heiberger von Pixabay

LIEBER HERZSTÜCK BEGRABEN, ALS KLIMAZIELE VERLOCHEN!

Anfang Jahr sprach der Grosse Rat 3,6 Mio. CHF zur Finanzierung weiterer Arbeiten im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel. Die PdA ergriff gegen diesen Beschluss erfolgreich das Referendum.

Nachdem 2014 ein BastA!-Referendum gegen ein Vorprojekt zum Herzstück wegen 13 fehlender Unterschriften nicht zustande gekommen war, wurde das Projekt in den folgenden Jahren vorwärtsgetrieben und trotz ablehnender Haltung aus Bundesbern daran festgehalten. 2020 wurden entsprechend 14,4 Mio. CHF zur Finanzierung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel bewilligt. Diese Arbeiten sollen mit dem jüngsten Beschluss, zurückgehend auf einen Ratschlag von Ende 2024, nun weiter finanziert werden.

SITUATION HEUTE

Nun sind seit 2024 aber bahnpolitische Entscheide gefällt bzw. vorgespurt worden, die in diesem Ratschlag nicht berücksichtigt sind. Das Herzstück im ursprünglich geplanten Sinn mit Haltestellen in Basel Mitte und Klybeck ist vom Tisch, «weder innert nützlicher Frist noch zu angemessenen Kosten umsetzbar». Übrig bleibt die Idee einer 7 Milliarden teuren Durchmesserlinie vom Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof in etwa 60 Meter Tiefe. Auch diese Idee wird nach den Plänen des Bundes frühestens Mitte Jahrhundert wieder aufgenommen. Der Ausbau des Bahnknotens mit S-Bahn-Linien nach Mulhouse und St-Louis und Umgestaltung Bahnhof SBB dagegen ist für die kommenden Jahre vorgesehen.

ÖKOLOGISCHE ÜBERLEGUNGEN

Wie BastA! bei der Beratung im Grossen Rat argumentierte, wäre es vernünftig gewesen, auf den Ratschlag nicht einzutreten, um ihn den geänderten Verhältnissen anzupassen. Diese Haltung fand aber keine Mehrheit. Es ist im Rahmen der aktuellen Ausgangslage aber weitaus sinnvoller, einen ganzheitlichen Ausbau des Tramnetzes voranzubringen, anstatt Lobbying für ein – auch redimensioniert – fragwürdiges Projekt in ferner Zukunft zu finanzieren. Der Beschluss zur Zusatzfinanzierung ist abzulehnen! Ökologische Überlegungen im Tunnelbau gewinnen angesichts der Klimakrise zunehmend an Bedeutung. Der Tunnelbau ist sehr betonintensiv, also hohe CO₂-Emissionen.

Die städtische Verkehrspolitik ist umfassend und entsprechend der aktuellen Situation zu überarbeiten.



Lukas Romer, Vorstand BastA!

ZOMBIE-RHEINTUNNEL: BASLER REGIERUNG MIT TUNNELBLICK

Der Rheintunnel – dieser riesige Autobahntunnel unter der ganzen Stadt – bleibt leider immer noch ein aktuelles Thema. Viele von uns hatten sich 2024 sehr engagiert dagegen eingesetzt.

Oh, wie hatten wir am 24. November 2024 gefeiert, als nicht nur Basel, sondern auch die Mehrheit der Schweiz dieses Projekt abgelehnt hat. Leider war unsere Freude nur von kurzer Dauer. Sehr schnell hat unser Verkehrsminister und Autolobbyist Albert Röstli seinen Ärger über die Entscheidung gezeigt. Demokratie ist nicht seine Stärke. Flugs hat er den ETH-Professor Ulrich Weidmann beauftragt, alle Bahn- und Autobahnprojekte der nächsten Dekaden zu beurteilen und zu priorisieren. Dies mit einem kleinen Team und einer Frist von sechs Monaten. Ganz klar konnte Herr Weidmann die Kosten-Nutzen-Analyse all dieser Projekte nicht vertieft neu berechnen. Er übernahm die bereits einige Jahre alte offizielle und

schöngerechnete Analyse. Die Klimakosten werden darin massiv unterschätzt und die potenziellen wirtschaftlichen Vorteile massiv überschätzt. Mit diesen alten Zahlen hat Herr Weidmann den Rheintunnel als Priorität 1 eingestuft.

Gleichzeitig hat die Weidmann-Studie das Herzstück (unterirdische S-Bahn-Verbindung) beurteilt. Fazit: Es ist zu teuer und wird zur Ablehnung empfohlen. Dies hat die Basler Regierung dazu bewogen, alles zu unternehmen, um diesen Bahntunnel zu retten. Die Lösung war die Durchmesserlinie, eine Direttissima ohne Zwischenhalte. Ein abgespecktes Projekt zwar, aber immer noch riesig.

Unsere Regierung hat jetzt einen Tunnelblick. Sie möchte auf jeden Fall diese Durchmesserlinie realisieren. Egal, was die Kosten sind. Sie hat bereits entschieden, den Rheintunnel in Bern zu unterstützen, solange die Durchmesserlinie in den Verkehrsplan des Bundes aufgenommen wird. Der Rheintunnel wird lediglich als

Verhandlungsmasse genutzt, um unserem Bundesautolobbyisten einen Gefallen zu tun.

Problematisch: Die Durchmesserlinie wird viel später im Parlament entschieden als der Rheintunnel. Dabei besteht das Risiko, dass, falls die Durchmesserlinie im Bundesparlament nicht genehmigt wird, der Rheintunnel dann schon halb aufgeböhrt ist. Die Regierung muss sich schon heute gegen den Rheintunnel wehren – wie es der Volkswille vorsieht. Albert Röstli hat bereits angekündigt, dass er nur Autobahnprojekte vorantreiben wird, die lokal unterstützt werden. Jetzt ist es entscheidend, dass die Basler Regierung und der Grosse Rat gegen den Rheintunnel Stellung beziehen. Das Verrückteste, Esther Keller hält es für völlig in Ordnung zu ignorieren, warum wir den Rheintunnel 2024 abgelehnt haben.

*Laurent Schüpbach,
Vizepräsident BastA!*

ABSTIMMUNGEN

ZIVILDIENTST RETTEN – NEIN ZU DEN SCHIKANÖSEN VERSCHÄRFUNGEN!

Am 14. Juni 2026 stimmen wir über massive Verschärfungen beim Zivildienst ab. Die rechtsbürgerliche Mehrheit will den Zugang zum zivilen Ersatzdienst drastisch einschränken und die Schweiz weiter militarisieren. BastA! sagt Nein zu dieser Vorlage.

Der Zivildienst dient als pazifistische Alternative zum Militärdienst. Doch er ist heute weit mehr als das. Jedes Jahr werden fast 1,9 Millionen Tage im Zivildienst geleistet. Ziel der Vorlage sind 40 Prozent weniger Zivis. Das bedeutet: Sie fehlen in Heimen, Spitälern, Schulen und im Umweltschutz – genau dort, wo sie der Gesellschaft einen echten Nutzen bringen und auch in Krisensituationen während Corona und der Ukraine-Krise unverzichtbar waren. Der Zivildienst ist gelebte Solidarität statt Militarismus.

ANGRIFF AUF DIE GEWISSENSFREIHEIT

Besonders perfide sind zwei Massnahmen: Erstens gilt neu eine Mindestanzahl

von 150 Zivildiensttagen – völlig unabhängig davon, wie viele Tage noch offen sind. Wer nur noch einen einzigen Tag Militärdienst leisten müsste, wird zu 150 Tagen Zivildienst gezwungen. Eine reine Strafmassnahme gegen Menschen, die aus Gewissensgründen aus der Armee wollen. Zweitens können Armeeangehörige mit 0 Restdiensttagen nicht mehr zum Zivildienst wechseln. Das klingt erstmal harmlos, ist aber sehr gefährlich. Damit könnten sich Betroffene nicht mehr dem obligatorischen Schiessen entziehen. Im Extremfall könnten sie sogar gegen ihr Gewissen zum Aktivdienst an der Waffe gezwungen werden, weil es nicht möglich wäre, fristgerecht in den Zivildienst zu wechseln.

PAZIFISMUS UNTER BESCHUSS

Diese Verschärfungen sind ein Frontalangriff auf pazifistische Überzeugungen. Die Botschaft ist klar: Wer aus moralischen Gründen den Dienst an der Waffe verweigert, soll bestraft werden. Das widerspricht fundamental unseren Werten einer solidarischen, gewaltfreien Gesellschaft.

Die angeblich gefährdeten Armeebestände sind ein Vorwand. Die Bestände sind nicht bedroht – sie sind gesetzeswidrig hoch. Hinzu kommt: Wer vom verschärften Zivildienst abgeschreckt wird, lässt sich medizinisch ausmustern, statt zur Armee zurückzukehren.

DIES IST ERST DER ANFANG

Die Gegner planen bereits weitere Angriffe auf den Zivildienst. Sie wollen die Wiedereinführung der Gewissensprüfung und letztlich die Abschaffung des Zivildienstes zugunsten einer allgemeinen Wehrpflicht. BastA! verteidigt das Recht auf Gewissensfreiheit und auf einen Dienst an der Gesellschaft statt an der Waffe.

Unsere Parole: NEIN zu den Angriffen auf den Zivildienst!

Nicola Goepfert, Grossrat BastA!

STEUER-DIREKTABZUG EIN WICHTIGER SCHRITT ZUR VERMEIDUNG DER VERSCHULDUNG

Steuerschulden und offene Krankenkassenprämien stehen oft am Anfang einer Verschuldungsspirale – mit allen ihren negativen Folgen. Wer in der Schuldenspirale gefangen ist, kommt selten davon frei, und dies verursacht grosses persönliches Leid, macht krank und zerstört den Selbstwert.

Schulden haben und das Leben in Armut ist sehr schambesetzt. Ein Teufelskreis aus Schulden, Armut, Krankheit, Einsamkeit droht. Ohne Unterstützung von Schuldenberatungsstellen ist ein Neuanfang kaum möglich.

Im November 2023 wurde die Initiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» eingereicht. Die Initiative forderte, dass Arbeitgeber einen Abzug vom Lohn vornehmen und diesen direkt der Steuerverwaltung überweisen. Damit soll das Verschuldungsrisiko aufgrund Steuerschulden vermindert werden.

GEGENVORSCHLAG ZUR INITIATIVE

Die Kommissionsberatung zum Bericht der Regierung endete in zwei Gegenvorschlägen. Die Regierung lehnt einen Direktabzug nach wie vor ab. Der Vorschlag der bürgerlichen Mehrheit war rein kosmetischer Natur. Der Gegenvorschlag der linken Minderheit hat die Anliegen der Initiative pragmatisch umgesetzt und leicht abgeschwächt. Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden sind von der Pflicht ausgenommen und erhalten bei Bedarf eine Aufwandsentschädigung. Anstatt einen Abzug analog der Quellensteuer vorzunehmen, soll ein pauschaler Abzug von 10% zum Zuge kommen. Der Gegenvorschlag der linken Kommissionsminderheit hat sich mit einer Stimme mehr durchgesetzt. Die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen. Doch der Arbeitgeberverband, die Handelskammer und der Gewerbeverband sowie die bürgerlichen Parteien haben das Referendum ergriffen und so kommt es nun im Juni zur Abstimmung.

Die Gegner eines Steuer-Direktabzugs sehen Verschuldung als ein reines individuelles Problem. Dies ist in der Gesellschaft stark verankert – auch von Betroffenen selber. Dabei muss dringend die gesellschaftliche Verantwortung betont werden. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem benötigt die Verschuldung und der irre Hyperkonsum von Gütern und Dienstleis-

Direktabzug der Steuern vom Lohn

✓ einfach ✓ freiwillig ✓ wirksam

JA zum Direktabzug

Kampagnensujet Direktabzug

tungen muss täglich aufs Neue angekurbelt werden – dies unabhängig davon, ob wir unsere Zukunft und unsere Erde dabei zerstören. Verschuldung ist nicht nur eine individuelle, sondern auch eine strukturelle und politische Fragestellung.

Wo bleiben bspw. Werbeverbote für Kreditinstitute und seriöse Abklärungen bei Leasing und der Vergabe von Kreditkarten. Das Leben auf Pump wird uns schon in jungen Jahren schmackhaft gemacht und die Inkasso-Büros bereichern sich mit der Verzinsung von Schulden ein weiteres Mal. Die gesellschaftliche Verantwortung ist offensichtlich. Der Einwand der Arbeitgeber, ein solches Verfahren wäre zu aufwendig, ist lächerlich, da Quellensteuern schon heute abgezogen werden. Ebenso ist der Steuer-Direktabzug in vielen Staaten Standard. Zudem ist die Opting-out-Lösung bei Menschen mit tiefen Einkommen ohne Steuerpflicht oder bei bestehender Lohnpfindung sinnvoll und weiterhin möglich.

Die nun vorliegende Variante, den direkten Steuerabzug etappenweise in Basel-Stadt zu etablieren, ist ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt, um Steuerschulden zu vermeiden.

BastA! sagt JA zum Steuer-Direktabzug.



Oliver Bolliger, Präsident BastA!

PAROLEN IN KÜRZE

14. Juni 2026

Eidgenössische Vorlagen

Nein zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Nein zur Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Kantonale Vorlagen

Ja zum Grossratsbeschluss vom 22. Oktober 2025 betreffend Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG)

Ja zur kantonalen Volksinitiative für ein «Neues Stadtaubenkonzept Kanton Basel-Stadt» und **Ja** zum Gegenvorschlag des Grossen Rates vom 7. Januar 2026; **Stichfrage: Gegenvorschlag**

Nein zum Grossratsbeschluss vom 7. Januar 2026 betreffend Finanzierung der weiteren Arbeit im Zusammenhang mit dem Herzstück und dem Bahnknoten Basel

Leer einlegen bei der Kantonalen Volksinitiative «Für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)»

EINE NATURINSEL FÜR NIEMANDEN

Eine artenreiche Insel statt der geplanten dichten Bebauung des Klybeckquais – das tönt auf den ersten Blick verlockend, hat aber einen grossen Haken. Warum es bei der Abstimmung am 14. Juni ein Kreuz weniger braucht.

Vor 15 Jahren habe ich in Buenos Aires einen Tag in der «Reserva Ecológica Costanera Sur» genossen. Dieses Gebiet am Ufer der Río de la Plata wurde in den 70er Jahren aufgeschüttet, um es zu überbauen. Dann ging jedoch das Geld aus und die Natur übernahm das 3,5 km² grosse Gebiet. Heute ist es das grösste und artenreichste Schutzgebiet in Buenos Aires und ein riesiger Naturpark für die Bevölkerung. Der Besuch der Wiesen, Wälder und Feuchtgebiete direkt neben dem Stadtzentrum hat mich so beeindruckt, dass ich bei der Diskussion über das ehemalige Hafengebiet am Klybeckquai immer wieder daran denken muss.

INSEL STATT PARK FÜR BEVÖLKERUNG

Ich habe deshalb grosse Sympathien für die Grundidee der Klybeckinsel-Initiative: Die ehemalige Klybeckinsel (das Gebiet entlang der heutigen Klybeckquais) soll nicht bebaut, sondern zu einem Naturraum werden. Konkret fordert die Initiative jedoch nicht nur die Bewaldung des Gebiets, sondern auch die «Freilegung des aufgeschütteten Altrheins», um den Klybeckquai wieder zu einer Insel zu machen. Die Insel könne dadurch eine artenreiche Naturfläche werden, die Bevölkerung hätte aber kaum etwas davon. Im Gegensatz zur «Reserva Ecológica Costanera Sur» würde kein Land für einen naturnahen Park gewonnen, sondern Boden weggegraben, um die Insel von der Stadt abzutrennen. Die heutigen Freiräume am Hafen müssten genauso wie der Wagenplatz den Bäumen weichen. So verlockend die Initiative auf den ersten Blick wirkt, so wenig erfüllt sie das Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr nutzbaren Grün- und Freiflächen.

VERPASSTE CHANCE

Trotzdem wäre die Initiative eine Chance gewesen, um im ehemaligen Hafengebiet am Klybeckquai einen grossen, naturnahen Park für die Bevölkerung zu realisieren. Jedoch hatten weder Initiant noch Regierungsrat und Parlament ein Interesse an einer solchen Lösung in Sinne der Bevölkerung. Die offizielle Planung wurde dank Juso-Initiative und dem Gegen-



Die Klybeckinsel 1836, bevor der Altrhein Anfang des 20. Jh. aufgeschüttet und das Gebiet zum Hafen wurde. Quelle: Geoportal BS

vorschlag im Grossen Rat in den letzten Jahren zwar verbessert: Das Ackermätteli soll bis an den Rhein vergrössert werden. Der Rest ist hingegen weiterhin auf eine starke Verdichtung ausgerichtet und die vom Grossen Rat beschlossene grosszügige parkartige Grünanlage entlang des Rheinufer fehlt noch immer. Ein Gegenvorschlag zur Klybeckinsel-Initiative hätte diese Forderung aufnehmen und konkretisieren können. Das Kleinbasel wartet schon lange auf einen grossen Park wie Kannenfeld oder wenigstens Schützenmatte. Der Initiant der Initiative verweigerte sich aber der Diskussion und schloss von Anfang an einen Gegenvorschlag aus.

LEER EINLEGEN

Somit kommt die Klybeckinsel-Initiative nun ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung und wir haben die Auswahl zwischen der unbefriedigenden aktuellen Planung und einer Initiative, die ebenfalls an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigeht. Wir haben an der Mitgliederversammlung lange darüber diskutiert, wie wir damit umgehen wollen. Ein Ja zur Initiative würde bedeuten, für eine sinnlose Grossbaustelle für einen Kanal zwischen Klybeckinsel und Klybeck zu stimmen. Ein Nein würde als Zustimmung zur offiziellen Planung verstanden. Wir haben uns deshalb entschieden, euch zu empfehlen, leer einzulegen. Da wir weder Ja noch Nein stimmen wollen, verzichten wir auf ein Kreuz bei dieser Abstimmung. Aber bitte nur bei dieser, die anderen Abstimmungen (Herzstück, Chaos-Initiative etc.)

sind sehr wichtig und dürfen keinesfalls im Altpapier landen.



Tonja Zürcher, Vorstand BastA!

EVENTS



Besammlung ab 13 Uhr,
Abmarsch 15 Uhr
Petersplatz, 4051 Basel

«DELEGATION FOR HUMANITY» EINE REISE NACH ROJAVA

Anfang Februar hat die Delegation for Humanity Rojava besucht und sich mehrere Tage im Kanton Cizîrê aufgehalten und die aktuelle Situation vor Ort dokumentiert. Es war die erste internationale Delegation seit den tödlichen Zusammenstößen zwischen regierungsnahen syrischen Truppen und kurdischen Sicherheitskräften vom 6. Januar.

Am 30. Januar vereinbarten die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) und die syrische Übergangsregierung unter Scharaa einen sofortigen Waffenstillstand. Das Abkommen mit der syrischen Übergangsregierung fordert die Eingliederung der politischen und militärischen Strukturen Nord- und Ostsyriens in den syrischen Zentralstaat, und weiteres Blutvergiessen soll verhindert werden.

EINE WAFFENRUHE OHNE VERTRAUEN

«Wir wollten dieses Abkommen nicht», sagt uns eine Vertreterin der autonomen Verwaltung in Cizîrê, «aber wir mussten es für unser Volk akzeptieren, damit das Blutbad endet.» Vertrauen in die Übergangsregierung aber gibt es keines. Weder in der politischen Führung noch in der Bevölkerung spürt man Sicherheit. Zu oft wurden Abkommen gebrochen. Zu oft auch war die internationale Gemeinschaft bereit, Kompromisse auf dem Rücken der Menschen hier zu schliessen. «Unsere Zukunft ist verbunden mit Syrien und dem Mittleren Osten», erklärt uns die Vertreterin des Kantons Cizîrê. «Wir hoffen auf Frieden. Aber wir sind bereit, unsere Freiheit zu verteidigen.» Internationale Sicherheitsgarantien sind also dringend nötig. Ohne sie bleibt dieser Waffenstillstand ein Kartenhaus im Sturm.



Qamişlo, Februar 2026; Foto: Franziska Stier

GENERALMOBILMACHUNG - WENN EINE GESELLSCHAFT VERANTWORTUNG ÜBERNIMMT

Bei einem Treffen in Damaskus am 19. Januar hat Scharaa die Auflösung der QSD-Einheiten verlangt. Darauf hat Rojava die Generalmobilmachung ausgerufen. Das klingt militärisch, meint aber weit mehr. Es bedeutet: Menschen aus nahezu jedem Haushalt beteiligen sich nach ihren Möglichkeiten. Zivilist:innen sichern nachts ihre Nachbarschaften. In Qamişlo, dem Hauptort von Cizîrê, stehen jede Nacht zehn Freiwillige an jedem Checkpoint innerhalb der Stadt. 17 Notfallkommissionen koordinieren Schutz, Versorgung und Unterstützung für Zehntausende Vertriebene. «Alle Menschen verteidigen ihre Städte und Rojava», sagt uns Rojhat Efrîn, der Leiter des Grenz-

übergangs Sêmalka am Tigris zu Türkei und Irak. Vertreterinnen von Kongra Star, der kurdischen Frauenbewegung Rojavas, formulieren es noch klarer: «Angesichts eines drohenden Genozids müssen wir alle Energie auf die Selbstverteidigung richten.» Diese energische Entschlossenheit ist nicht nur in den offiziellen Treffen, die unsere Delegation mit Verwaltungs- und zivilgesellschaftlichen Institutionen abhält, sondern auch in den Strassen spürbar.

170 000 VERTRIEBENE - UND KEINE GARANTIE

In Qamişlo leben derzeit rund 170'000 Binnenvertriebene. Es sind Familien aus Efrîn, Raqqa und Tabqa. Viele wurden mehrfach vertrieben. In Schulen, Moscheen und Akademien schlafen sie auf engstem Raum. «Den Menschen hier fehlt es an allem», berichtet uns eine Vertreterin des Rats der Vertriebenen aus Efrîn und Şehba, die sich um die Versorgung der Geflüchteten kümmert. «Und sie brauchen Garantien.» Damit sie zurückkehren können, fordern sie vertrauenswürdige Sicherheit für ihre Unversehrtheit. Das Abkommen hält zwar ein Rückkehrrecht für die Vertriebenen fest, aber in der Realität verhindern bewaffnete Gruppen die Heimkehr. Zudem wurden Häuser enteignet und neu vergeben. Cemal Reşîd vom Vertriebenenrat berichtet: «Um zurückzukehren, sollen die Familien 3000 Dollar zahlen, um in ihr eigenes Eigentum zurückzukehren – in Häuser, aus denen sie gewaltsam vertrieben wurden.» Und über allem schwebt die Sorge um verschwundene Menschen: «Wir vermissen rund 3000 Personen und wissen nicht, was



Qamişlo, Februar 2026; Foto: Franziska Stier

mit ihnen passiert ist oder wo sie sind», ergänzt eine Vertreterin des Vertriebenenrats.

RECHTE FÜR FRAUEN UND MINDERHEITEN MÜSSEN ERSTRITTEN WERDEN

Rojava ist ein feministisches Projekt, ein demokratisches Experiment und ein Versprechen, aber das System mit Kovorsitzenden, die Frauenverteidigungseinheiten YPJ, die Frauendörfer und die Gesetze des Gesellschaftsvertrags stehen nun unter Druck. «Wir kämpfen nicht nur für Frauenrechte», sagt uns eine Vertreterin von Kongra Star, «wir kämpfen für Sprache, für politische Rechte, für Minderheiten.» Die Integration in ein neues Syrien ist politisch vereinbart, aber damit Frauenrechte in der syrischen Verfassung verankert werden können, braucht es einen politischen Kampf. «Wir kämpfen gegen eine Ideologie, die uns nicht als Menschen sieht. Wie soll sie uns dann als Frauen sehen können?», fragt eine Vertreterin von Kongra Star. An die Frauen in der Diaspora gerichtet lautet ihre Botschaft: «Der Kapitalismus erschwert unser Leben und unseren Kampf hier. Bitte macht euch nicht zu Verbündeten dieses Systems. Unsere Stimmen hier erreichen niemanden – ihr müsst sie in die Welt tragen.» Der Kampf um Rojava ist nicht nur militärisch und er wird über die Grenzen Syriens hinaus geführt. Desinformationskampagnen in den sozialen Medien oder die Übernahme dschihadistischer Narrative in den westlichen Leitmedien kreieren ein Bild, dem wir Frauen und genderqueeren Menschen entschieden widersprechen müssen, indem wir die Stimmen unserer Schwestern in Rojava hörbar machen.

KULTUR IM WIDERSTAND

Auch die Kulturschaffenden leisten Widerstand. Dabei geht es nicht nur darum, die kurdische Kunst zu schützen, sondern die kulturelle Vielfalt Syriens. «Hier feiern Muslime Newroz, und Kurden feiern İd al-fitr», erklären uns İlyas Sido und Feryal Çoli, die Kovorsitzenden der Kunst- und Kulturkommission in Qamişlo. Kultur ist auch Teil des Widerstands. Die Revolution begann auch mit Videofilmen, Liedern und Theaterstücken. «Wir kämpfen mit unserer Kunst und manchmal auch mit Waffen. Aber wir wollen einfach nur Musik machen», erklären uns Künstler*innen in Qamişlo. Aber auch die Dschihadisten wissen um die Kraft von Kunst und Kultur und nehmen deshalb Künstler*innen gezielt ins Visier von Anschlügen. So sah sich beispielsweise der Sänger Selman İbrahim wegen eines Liedes mit Morddrohungen gegen sich und seine Kinder ausgesetzt. Ein Künstler der Filmkommune in Qamişlo erklärte: «Wenn wir nicht frei sind, können wir keine Kunst machen. Also müssen wir unser Land befreien.»



Qamişlo, Treffen mit der Vertretung der Aussenkommission in Rojava
Februar 2026; Foto: Delegation for humanity

ENTTÄUSCHUNG ÜBER INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Die Enttäuschung über die früheren Bündnispartner im Kampf gegen den IS ist gross. Gemeinsam hat man 2015 den IS besiegt. Dabei zahlte das kurdische Volk den höchsten Preis. 11'000 Söhne und Töchter starben, mehr als 20'000 wurden verletzt. Doch nun anerkennt die internationale Gemeinschaft einen Dschihadisten als legitimen Präsidenten, um ihre Interessen regional geltend zu machen. Heute akzeptiert die internationale Gemeinschaft einen politischen Kurs, der zentrale Werte wie Gleichberechtigung, Pluralismus und Demokratie zur Verhandlungsmasse macht.

WELTWEITER KAMPF FÜR GEMEINSAME WERTE

Doch Rojava wäre nicht Rojava, wenn es nicht auf die Stärke der Völker selbst zählte. Die Bilder der Proteste auf der ganzen Welt geben ihnen Kraft, Mut und Hoffnung. Denn Rojava ist nicht nur ein kurdisches Projekt. Es ist ein Modell für ein demokratisches, pluralistisches Syrien und ein Gegenentwurf zu Nationalismus und Dschihadismus, das unsere Unterstützung mehr denn je braucht.

Alle Menschen, die an der Seite Rojavas stehen, sind damit Teil der laufenden Generalmobilisierung. Der Kampf um die Freiheit der Menschen in Rojava ist auch ein ideeller, für den es Diplomatie, politisches Handeln und unser aller Eingreifen in die öffentliche Debatte braucht. Es liegt an den Menschen in Europa, die Haltung ihrer Regierungen zu beeinflussen und sie auf die gemeinsamen Werte zu verpflichten. Ein Erstarren dschihadistischer Ideologien bedroht nicht nur die Vielfalt und die Menschen in Syrien, sondern die Freiheit und Sicherheit der ganzen Welt.



Franziska Stier, Parteisekretärin

Dieser Artikel ist in leicht geänderter Fassung auf Türkisch in der Zeitung «Yeni Özgür Politika» erschienen.

INTERNAS

Auf unserer Jahresversammlung im April wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Tonja Zürcher und Nicola Goepfert wurden aus dem Vizepräsidium verabschiedet. Laurent Schüpbach als neuer Vizepräsident gewählt.

Im neuen Vorstand sind nun v.l.n.r. Tonja Zürcher, Lukas Romer, Laurent Schüpbach, Oliver Bolliger (Präsident), Franziska Stier (Parteisekretärin), Patrick Vögelin, Hatice Kül-Tiras, Fabia Berger, Kemal Sahin und Simay Kardagli (nicht im Bild).



WIE WEITER MIT DEM VÖLKERRECHT?

Wie ein Gong aus alter Zeit hallt seit einiger Zeit der Begriff Völkerrecht – insbesondere der Völkerrechtsbruch – durch die Medien und gelangt ins öffentliche Bewusstsein. Im Folgenden soll im Sinne einer Übersicht kurz auf die Entwicklung und die Funktion des Völkerrechts eingegangen werden.

Im Sinne, dass durch Angriffe auf andere Nationen internationale Verträge missachtet werden könnten, ist der Begriff Völkerrecht noch jung. Was seit der Frühen Neuzeit in verschiedenen Auslegungen und Anwendungen als «Völkerrecht» konstruiert wurde, galt vielmehr der Legitimation für Übergriffe auf andere Völker, als Legitimation von Kolonialismus durch «zivilisierte» Nationen.

Und im Gegensatz zum eigentlichen Recht unter Völkern war es – und ist es zum Teil immer noch – internationales Recht zwischen Staaten (vgl. engl. International Law; franz. Droit international). Dazu ist ein klar definiertes Gebiet mit ständiger Wohnbevölkerung sowie eine zentrale Regierung erforderlich mit Verwaltungsstrukturen und der Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Somit konnte sich zwar eine Nation auf gegenseitiges Völkerrecht berufen, jedoch nicht eine ethnische Gruppe.

Selbst vereinigte Stammes- oder Sippenoberhäupter blieben eine Gruppe von «Nobodys», Beispiele dafür finden sich in der Aufteilung des Osmanischen Reiches 1923, bei der die Kurd:innen leer ausgingen. Oder ebenfalls 1975, als den Sahrauis zwar ein Plebiszit versprochen wurde, die USA aber Marokko erlaubten, die Westsahara umgehend zu annektieren und zu kolonisieren.

DIE NEUORDNUNG NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Ein Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde erst mit der Verfassung der UN-Charta offiziell. Auch die Gleichwertigkeit aller Nationen, unabhängig von Grösse und Macht, hatte verbal zwar schon im Völkerbund gegolten, erhielt aber erst als Grundprinzip der UN-Charta vorangestellt einen wirkungsvollen Rang.

Diese Charta kam nach der Erschütterung des Zweiten Weltkrieg im Oktober 1945 in San Francisco zustande. Sie änderte als Versprechen von 50 Nationen, nie mehr ins Chaos zurückzufallen, den Charakter des Völkerrechtes grundlegend. Seither gilt das friedliche Zusammenleben der Völker als Maxime und die Uno wurde als Garantin dafür installiert. Zur Sicherung des Ziels gilt ein umfassendes Gewaltverbot für zwischenstaatliche Konflikte. Die Uno betreut überdies Friedensmissionen in ehemaligen Konfliktgebieten, überwacht die Einhaltung der Men-



Absurderweise ist dieses Bild KI generiert.

schenrechte und befördert Entwicklung und Umweltschutz.

VÖLKERRECHT ALS «GELEBTES RECHT»

Den horizontal gleichberechtigten Staaten wurden im Sinne eines universellen Völkerrechts Institutionen zur Seite gestellt, die es zu einem gelebten Recht machen sollten: der Sicherheitsrat der Uno, der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der Uno-Sicherheitsrat oder das Internationale Strafgericht; auch der Menschenrechtsrat ist in diesem Sinne ein Organ des Völkerrechtes.

Im gegenwärtigen Bild des Weltgeschehens erscheint diese ganze Infrastruktur zahnlos. Die Organe haben keine Erzwingungsmacht, sondern sind auf entsprechende Mitarbeit der 193 Mitgliedstaaten angewiesen. Die einzigen verfügbaren Durchsetzungsmittel sind die Verhängung von Sanktionen oder der Ausschluss aus der Organisation.

Im Fall von Apartheid-Südafrika 1990 konnte die Uno-Vollversammlung so mit der «Konvention zur Bekämpfung und Ahndung des Verbrechens der Apartheid» immerhin nicht nur eine Strafbarkeit nach internationalem Recht bewirken, sondern in Verbindung mit der Aufrechterhaltung der Sanktionen des Sicherheitsrats durch einschlägige Staaten die Kosten für das Apartheidregime schliesslich so hochschrauben, dass der Stein der Veränderung ins Rollen geriet.

GREMIEN OHNE GROSSEN EINFLUSS

Der Internationale Gerichtshof kann in seiner beratenden Funktion in Streitigkeiten zwingende Urteile aussprechen, doch müssen sich verurteilte Staaten dem Rechtsspruch «freiwillig» fügen. Die entsprechende diplomatische Anmahnung durch wichtige Staaten

oder auch mächtige Bewegungen der Zivilbevölkerung können die Umsetzung eines Urteils dennoch befördern.

Ebenso wenig verfügt der Internationale Strafgerichtshof über eine Polizei oder sonstige Vollstreckungsorgane, um Einzelpersonen, welche sich mit Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder des Völkermords schuldig machten, zu belangen. Es sind aber vor allem wieder vom Goodwill der Mächtigen abhängige Staaten, z.B. afrikanische Nationen, die auf Druck jener ihre abgesetzten Despoten dem Gericht ausliefern.

Im entsprechenden Machtgefälle haben die mächtigsten Staaten nicht nur ihr Vetorecht im Sicherheitsrat fleissig benutzt, um objektivere Massstäbe von Völkerrecht anzuwenden, sie haben das Recht auch schon immer gemäss ihren Interessen «zurechtgebogen». Als aktuelle Beispiele dazu können der «Verteidigungskrieg» in Gaza und der «präventive Verteidigungskrieg» gegen den Iran angeführt werden.

PERSPEKTIVEN FÜR DAS VÖLKERRECHT

Die Mängel, die das Völkerrecht offenbart, insbesondere durch Vetorechte oder Auslegungen zum Vorteil der mächtigsten Staaten, sind nicht zu leugnen. Dennoch dürfen aus linker Sicht die Einflüsse eines breiten Engagements im Bereich der Menschenrechte nicht unterschätzt werden. Hier sei nochmals an die Anti-Apartheid-Bewegung in Europa und Nordamerika erinnert, welche die Staaten schliesslich zur Kooperation mit dem Völkerrecht bewegte und noch immer zu dessen Verteidigung und Weiterentwicklung ermutigt.

Susy Greuter / Lukas Romer

SAADI MAHNT. DAS REGIME MORDET. DIE WELT SCHWEIGT.

Rechts steht die Übersetzung eines berühmten Gedichtes des Dichters Saadi. Dieser Text ist in Persisch in einen grossen iranischen Teppich eingewebt, der im Jahr 2005 den Vereinte Nationen geschenkt wurde und in einem der Säle der Organisation ausgestellt wird. Die Lettern sind mit Goldfäden gefertigt.

Es sagt, dass wir als soziale Wesen aufeinander angewiesen sind und unser Glückseligsein voneinander abhängt.

Der Iran verfügt über grosse natürliche Ressourcen, insbesondere Erdöl und Erdgas. Das Land hat eine strategische Lage zwischen Asien, Europa und dem Nahen Osten. Es verfügt über eine relativ grosse Binnenwirtschaft und über 80 Millionen Einwohner. Doch durch den aggressiven Politik-Export des iranischen Regimes zur Unterstützung von Terrorismus im Nahen Osten wurde die wirtschaftliche Entwicklung faktisch um Jahrzehnte zurückgeworfen – strukturelle Fehlentscheidungen taten das ihrige dazu. Internationale Sanktionen waren eine Reaktion darauf, dass sich das Regime nicht an internationale Regeln hält. Zusätzlich liegt ein grosser Teil der Wirtschaft in den Händen der Revolutionsgardien (IRGC), die selbst sanktioniert sind, was die Lage weiter verschärft. Dieselbe Organisation tritt im Inland repressiv auf und geht gewaltsam gegen friedlich Demonstrierende vor.

Aussenpolitisch spielt der Iran eine bedeutende, jedoch kontroverse Rolle im Nahen Osten, die eng mit dem Mullah-Regimes verknüpft ist. Seit seiner Machtübernahme stützt sich das Regime auf zwei zentrale Säulen: einerseits die massive Repression im Inneren mit Hinrichtungen, Folter, willkürlichen Verhaftungen sowie der systematischen Unterdrückung von Dissens; andererseits auf die Expansion von Einflussphären durch die Unterstützung von Terrorgruppen in der Region, die Verbreitung seiner ideologischen Ausrichtung sowie die Finanzierung bewaffneter Konflikte. Kriege und Instabilität im Nahen Osten und die Beschwichtigungspolitik mit dem Westen haben über Jahrzehnte hinweg wesentlich zum politischen Überleben des Regimes beigetragen.

Nach der Revolution von 1979, bei der die iranische Bevölkerung den diktatorischen Schah stürzte, wurden in den folgenden Jahren über 30'000 Gegner der Islamischen Revolution inhaftiert. Während des vom Regime mitverantworteten Kriegs gegen den Irak kam es insbesondere im Jahr

*«Alle Menschen sind Glieder eines Körpers,
aus demselben Ursprung geschaffen.
Wenn ein Glied Schmerz empfindet,
leiden auch die anderen.
Wenn dich das Leid anderer nicht berührt,
verdienst du nicht, Mensch genannt zu werden.»*

Saadi, iranischer Dichter

1988 zu Massenhinrichtungen, bei denen Tausende Gefangene getötet wurden. Ein grosser Teil der Hingerichteten gehörte der Organisation der Volksmudschahedin an, einer Widerstandsbewegung.

Diese Ereignisse wiederholen sich derzeit erneut. Während sich die internationale Aufmerksamkeit auf den Krieg sowie auf die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und den Ölpreis richtet, werden sowohl politische Gefangene, die seit Jahren in den Gefängnissen des Regimes inhaftiert sind, als auch gegenwärtig Demonstrierende in grosser Zahl hingerichtet. Zwischen dem 30. März und dem 4. April wurden sechs politische Gefangene – Abolhasan Montazer, Vahid Bani Amerian, Mohammad Taghavi, Akbar Daneshvarkar, Babak Alipour und Pouya Ghobadi – hingerichtet, die der Organisation der Volksmudschahedin Iran angehörten. Diese Menschen sind trotz Folter und jahrelanger Haft bis zu ihrem letzten Atemzug ihren Idealen treu geblieben und nicht zurückgewichen: Sie forderten die Trennung von Religion und Staat, die vollständige Gleichberechtigung der Frauen, die Unabhängigkeit der Justiz und Rechtsstaatlichkeit. Auch die Autonomie ethnischer Gruppen im Rahmen der nationalen Einheit, einen atomwaffenfreien Iran sowie eine friedliche Koexistenz mit der Welt waren Teil ihres Begehrens.

Weiter wurden drei junge Menschen, die im Zusammenhang mit den Januar-Protesten verhaftet worden waren, hingerichtet – Mohammad Amin Biglari, Shahin Vahedparast und Ali Fahim.

Dies zeigt, dass das Regime seit Beginn seiner Herrschaft grösste Angst vor dem Widerstand der eigenen Bevölkerung hat und zur Abschreckung Massaker selbst im Schatten des Krieges verübt. Dies bewirkt jedoch das Gegenteil und stärkt den Willen der Bevölkerung, dieses Regime zu stürzen.

Parallel zur anhaltenden, längsten Internetunterbrechung im Iran hat die Organisation Amnesty International am Freitag, dem 9. April, ein sofortiges Ende dieses Zustands gefordert.

Angesichts der sich der Marke von 1000 Stunden nähernden Internetausfälle forderte die Organisation «unverzüglich den Internetzugang wiederherzustellen». In der Mitteilung wurde betont, dass der Zugang zum Internet ein grundlegendes Menschenrecht ist und insbesondere in Krisenzeiten von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die iranischen Bürger müssten in dieser Zeit in «digitaler Dunkelheit» leben.

Nach Daten von NetBlocks hat die Internetstörung im Iran am 9. April 2026 ihren zwei- und vierzigsten Tag erreicht und dauert seit 984 Stunden an. Dies zählt zu den längsten Internetausfällen weltweit und hebt die Stellung des Iran erneut negativ hervor.

Das iranische Regime legt mit der extremen Repression seine eigene Schwäche offen. Heute ist es wichtiger denn je zu erkennen, dass ein Sturz dieses Regimes sowie Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten nur durch den iranischen Widerstand und die eigene Bevölkerung zustande kommen kann. Die iranische Bevölkerung wird einmal mehr, ob unter den Bomben des Krieges oder unter der Repression des eigenen Regimes mit erhobenem Haupt ihr eigenes Schicksal bestimmen. Wie Saadi es treffend formulierte, braucht es dafür jedoch uns alle, denn jeder von uns ist Teil eines Ganzen und kann seinen Beitrag dazu leisten, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen: ohne Krieg, ohne Todesstrafe und ohne Folter.

Firoozeh Miyandar

Die Autorin ist Iranerin und aktiv im Flüchtlingsparlament sowie gegen das Mullah-Regime. Seit 2022 lebt sie mit ihrem Sohn in der Schweiz

ALLES GUTE, SIBEL, UND DANKE FÜR ALLES!

Am 20. Januar 2026 wurde der Parteiwechsel von Sibel Arslan öffentlich. Sibel hat nach einem längeren persönlichen Prozess beschlossen, den GRÜNEN Basel-Stadt beizutreten und somit BastA! zu verlassen. Die Präsidien der beiden Parteien waren in diesen Prozess involviert. Es war uns wichtig, Sibel bei ihrem Entcheid zur Seite zu stehen.

Im Jahr 2004 ist Sibel, 24-jährig, zur BastA! gestossen und engagierte sich stark im Wahlkampf für das Grüne Bündnis, was schlussendlich auch zur Wahl in den Grossen Rat führte. Sibel politisierte während drei Legislaturen als BastA-Grossrätin in der Fraktion des Grün-Alternativen Bündnisses und in der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission JSSK. Aber auch innerhalb der Partei hat sich Sibel über Jahre stark für feministische Anliegen und für die Ausweitung der demokratischen Rechte für alle Menschen eingesetzt. Zudem war sie eine Brücke zwischen BastA! und den kurdisch-türkischen Vereinen in Basel.

Und dann der Wahnsinnsmoment im Jahre 2015 mit der Wahl in den Nationalrat. Dank Sibels Panaschierfähigkeiten hat das Grüne Bündnis den Nationalratsitz von der CVP zurückerobert. BastA! hatte ihre erste Nationalrätin. Seit über zehn Jahren prägt Sibel im Nationalrat eine pointierte linke Politik für die GRÜNEN Schweiz und hat auch bei der Wahl 2023, als nur noch vier Sitze für den Kanton Basel-Stadt zur Verfügung standen, die Wiederwahl geschafft. Sie ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und seit 2018 der Gerichtskommission. Sibel engagiert sich zudem seit 2022 im Vizepräsidium der GRÜNEN Schweiz.

Aufgrund Sibels primärer nationalen Ausrichtung in den letzten zehn Jahren wurde sie immer stärker als Politikerin der GRÜNEN wahrgenommen. Der Wechsel hat deshalb auch nicht wirklich überrascht, auch wenn wir das aus Sicht der BastA! sehr bedauern. Sibel hat über 20 Jahre lang viele Menschen in BastA! für die Anliegen einer lokalen feministischen ökosozialistischen Partei begeistern und motivieren können – ihr Engagement und ihre Power werden uns fehlen. Aber für uns ist auch klar, dass wir als BastA! alles unternehmen, um auf einer gemeinsamen Liste mit den GRÜNEN den Nationalratsitz von Sibel bei den Wahlen 2027 zu verteidigen. Ich wünsche Sibel weiterhin die notwendige Power, damit ihre Fähigkeit, Menschen für soziale, ökologische, feministische und demokratische Anliegen zu begeistern, uns auch in Zukunft erhalten bleibt.

Sibel, ich wünsche dir alles Gute und bedanke mich im Namen von BastA! von Herzen für alles! Und natürlich bist du auch weiterhin gerne als Gast an unseren Anlässen gesehen.

Oliver Bolliger, Präsident BastA!

EIN JAHR EIGENE FRAKTION – UND WIR SIND ANGEKOMMEN!



Patrizia Bernasconi und Heidi Mück informieren aus dem Grossen Rat.

Wir sind angekommen – und wir machen Druck. Mit unserer eigenen Fraktion im Grossen Rat sind wir sichtbarer, klarer und aktiver, trotz grösseren zeitlichen und organisatorischen Aufwands für jede Einzelne von uns. Wir sagen, was Sache ist, und wir handeln danach. Unsere Themen kommen auf die Agenda – im Rat und vermehrt in den Medien. Immer wieder. Wir nutzen jede Gelegenheit, unsere Haltung zu zeigen.

Bei der Administrativhaft und beim Schutz von minderjährigen Geflüchteten haben wir gezeigt, dass wir auch Mehrheiten gewinnen können. Gleichzeitig bringen wir in unserer Fraktionsarbeit bewusst zugespitzte Forderungen ein, auch wenn sie nicht mehrheitsfähig sind. Sie öffnen die Debatte für Themen, die sonst untergehen.

Ein Beispiel ist die Motion zur MCH Group. Wir forderten: Die Stadt darf sich nicht an Geschäften beteiligen, die mit einem Regime verbunden sind, das Menschenrechte verletzt und LGBTQ+-Personen verfolgt. Auch wenn wir mit dieser Forderung nicht durchgekommen sind, hat diese Motion eine Debatte über Verantwortung ausgelöst. Sie hat auch aufgezeigt, wie der Regierungsrat gegenüber der MCH machtlos ist.

Mit unseren Interpellationen decken wir auf, was andere lieber im Dunkeln lassen. Ob Polizeikontrollen, staatliche Eingriffe, Mas-

senkündigungen durch die PKBS oder soziale Missstände – wir stellen die Fragen, die gestellt werden müssen. Wir zeigen immer klar, wofür wir stehen.

Unsere Vorstösse sind oft zugespitzt. Nicht, weil wir Kompromisse ablehnen, sondern weil Veränderung selten in der Mitte beginnt. Sie beginnt mit Forderungen, die unbequem sind – und die wirken, wenn sie auf Zustimmung treffen. Unsere Vorstösse betreffen aber auch Themen, die keine grossen Schlagzeilen machen, aber dennoch viel für Kinder oder Quartiere bewirken.

Bei den Initiativen «Erben fürs Wohnen» oder «Pharma für alle» haben unsere Mitglieder die Unterschriften gesammelt und die Initiativen möglich gemacht. Jetzt liegt es an uns, an der Fraktion, dass die Initiativen im Grossen Rat und in den Kommissionen stark bleiben und nicht verwässert werden.

Dieses erste Jahr mit eigener Fraktion zeigt: Wir sind lauter und präsenter geworden. Wir sind wirksamer geworden. Wir machen Haltung sichtbar. Wir bringen unsere Politik voran. Und wir bleiben dran.

Patrizia Bernasconi,
Grossrätin BastA!